

Selbst gewählte Irrelevanz

Zweimal im Jahr kommt die Gemeinschaftsdiagnose, doch in der Wirtschaftspolitik sind die Konjunkturforscher bedeutungslos. Das liegt vor allem an ihrem theoretischen Ansatz **VON GUSTAV HORN**

Konjunkturforscher stehen heute in keinem guten Ruf. Das hat mehrere Ursachen. Eher oberflächlich betrachtet sind es die irrigen Vorhersagen der vergangenen Jahre. Der Glaubwürdigkeit schadete auch, dass nötige Korrekturen mit zum Teil erheblichem PR-Einsatz medial „verkauft“ wurden. All dies hat dem Ruf der Zunft geschadet.

Es gibt aber noch einen tieferen Grund. Er speist sich aus der herrschenden makroökonomischen Sicht von Konjunktur. Sie wird heute verstanden als Abweichungen von einem Wachstumstrend. Mittels konjunktureller Theorien lassen sich demnach nur diese Abweichungen erklären, mittels Konjunkturpolitik nur sie bekämpfen. Der Trend ist Gegenstand der Wachstumstheorie sowie struktureller Analysen.

Nach diesem Verständnis handelt es sich bei der Konjunktur um eher marginale Phänomene: quantitativ nicht wirklich bedeutend und nur kurzfristiger Natur. Konjunkturforschung ist danach eine eher randständige Tätigkeit, im Grunde auch eher Aufgabe für Statistiker als für Ökonomen.

Umso erstaunlicher ist, dass diese Sichtweise selbst in den vermeintlichen Zentren der deutschen Konjunkturforschung, bei den Teilnehmern an der Gemeinschaftsdiagnose der Institute, geteilt wird; kommt dies doch einer weitgehenden Selbstaufgabe gleich. Deutlich wird dies neuerdings besonders in den Empfeh-

lungen der Gemeinschaftsdiagnose, in denen weitgehend konjunkturpolitischer Verzicht gepredigt und die Lösung der Probleme an die Wachstums- und die Strukturpolitik delegiert wird.

Es gibt aber grundlegende und wachsende Zweifel an der herrschenden Sichtweise. Üblich ist eine Zweiteilung in konjunkturelle und strukturelle Erklärungsansätze, die mit komplexen statistischen Verfahren gewonnen wird. Sie haben gemeinsam, dass die konjunkturelle Komponente im Lauf des Zyklus um null schwankt, also nur kurzfristig auftritt.

Dieses Vorgehen wirft Probleme auf, die gerade in der jüngsten Schwäche deutlich wurden: Dauert eine Phase des Zyklus ungewöhnlich lange, werden die sich in dieser Lage einstellenden Phänomene mindestens zum Teil als strukturell interpretiert. Dass dies wirtschaftspolitische Folgen hat, zeigt das Beispiel der jüngsten Potenzialberechnungen der Gemeinschaftsdiagnose. Je länger die Stagnation andauerte, ein desto größerer Teil der Wachstumsschwäche wurde als strukturell interpretiert. Trotz der anerkannten zahlreichen Reformen auf dem Arbeitsmarkt, die das Wachstumspotenzial erhöhen sollten, wurde diese Größe eben auf der Basis der technischen Verfahren sogar niedriger

als zuvor eingestuft. In den sich abflachenden Wachstumstrend wurden sämtliche strukturelle Probleme hineininterpretiert.

Diese Art des Analysierens zieht sich durch verschiedene Bereiche der Makroökonomie. Eine neuere empirische Studie von Sven Schreiber und Jürgen Wolters wirft hier grundlegende Fragen auf. Sie zeigt zunächst einmal das traditionelle Ergebnis, dass Inflation und Arbeitslosigkeit langfristig positiv zusammenhängen. Sie zeigen auch, dass

nicht die Inflation die Realwirtschaft treibt, sondern die Realwirtschaft die Inflation.

Daraus ergeben sich weitreichende Folgen für eine sinnvolle Konjunkturforschung. Zum einen sind simple keynesianische Ansätze zurückzuweisen, die eine Belebung der Wirtschaft über ein Anheizen von Inflation erstreben.

Zum zweiten enthält das Resultat aber klare Hinweise über die einzuschlagende Richtung: Die Lohnpolitik ist zu berücksichtigen. Lohnabschlüsse, die über die Produktivitätsentwicklung hinausgehen, die aber nur bei niedriger Arbeitslosigkeit durchsetzbar sind, beschleunigen danach die Inflation. Im Kern ist dies die These der steigenden Lohnstückkosten als Triebkraft der Inflation. Dieses Ergebnis gibt Raum für die

empirische Erforschung neuerer Theorien, die der Konjunktur einen viel höheren Stellenwert zusprechen. Wenn nämlich Inflation in hohem Maß von den Arbeitskosten bestimmt wird, dann werden Konjunkturimpulse auch nur insofern auf die Inflation übertragen, als sie Arbeitskosten beeinflussen. In diesem Umfeld kann entgegen den üblichen Annahmen – Konjunkturpolitik erheblichen realwirtschaftlichen Einfluss haben, der auch über längere Frist anhält.

Dies ist genau dann der Fall, wenn die Löhne nur schwach auf Konjunkturpolitik reagieren und sich so der Impuls nicht oder zumindest nicht rasch in beschleunigter Inflation niederschlägt. Je maßvoller die Lohnentwicklung, desto mehr Raum ist für konjunkturpolitische Stabilisierung. Dies ist auch der Kern der Debatte in Deutschland, wo in den vergangenen zehn Jahren eine sehr maßvolle Lohnentwicklung viel mehr Raum für Konjunkturpolitik gelassen hätte.

Konjunkturphänomene sind dann auch nicht mehr nur kurzfristige Schwankungen um einen Trend, sondern sie prägen den Trend mit. Nur in einem solchen Kontext ist Konjunkturforschung heute noch lohnend.

GUSTAV HORN leitet das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung. Der Artikel basiert auf einem Vortrag zu Ehren von Jürgen Wolters (FU Berlin).

*Konjunktur
ist der herrschenden
Lehre nur ein
Nebenaspekt*